

Massenverbrechen im 4. Quartal 2015

In fünf Staaten wurden Massenverbrechen wie Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verübt, in neun weiteren droht die Situation zu eskalieren. Aus den 14 erfassten Staaten stammen fast 37 Millionen Flüchtlinge und Binnenvertriebene. Allein in 11 der Staaten wurden 15.000 Menschen getötet. Darunter befinden sich etwa 7.900 Zivilisten. Für Afghanistan, Nordkorea und den Jemen sind keine Daten verfügbar.

Fünf Notstände: Fortschritte gegen Terrororganisationen

Im Irak und in Syrien wurde der sog. Islamischen Staat (IS) weiter zurückgedrängt. Auch die nigerianische Armee verzeichnete Fortschritte im Kampf gegen Boko Haram. In allen drei Staaten begehen jedoch auch staatliche Sicherheitskräfte Kriegsverbrechen: Im Irak von der Regierung eingesetzte schiitische Milizen; in Nigeria die staatliche Armee, die im Dezember über 400 Schiiten tötete. In Syrien bleibt Assads Regime für die überwältigende Mehrheit der 16.000 in 2015 getöteten Zivilisten verantwortlich (75%). Auch in Nordkorea und im Sudan halten die Massenverbrechen der Regierungen unvermindert an.

Vier Krisen: Neue Rebellen Gruppen in Burundi

In Burundi gründeten sich neue Rebellen Gruppen, Sicherheitskräfte ermordeten oder verschleppten zahlreiche Zivilisten. Anschläge beider Seiten auf hochrangige politische Vertreter sowie die Kompromisslosigkeit und Brutalität der Regierung drohen zu einem Bürgerkrieg und Massenverbrechen zu eskalieren. Der afghanische Bürgerkrieg droht sich durch die Offensive der Ta-

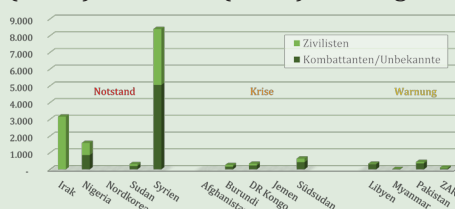
liban zu Massenverbrechen auszuweiten. Im jemenitischen Bürgerkrieg besteht durch den wachsenden Einfluss von Al-Qaida (AQAP) eine steigende Bedrohung für Zivilisten. Die ethnisch geprägte Gewalt im Südsudan ist seit dem Friedensvertrag vom August 2015 zurückgegangen, durch Probleme bei der Bildung einer Übergangsregierung besteht aber ein großes Rückfallrisiko.

Fünf Warnungen: Friedliche Wahlen in Myanmar & der ZAR

In Myanmar gewann die Oppositionspartei NLD unter der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi die Wahl im November. Auch die NLD ging bislang jedoch nicht gegen die systematische Diskriminierung der Rohingya und Hassreden radikaler Buddhisten vor. Die erste Wahlrunde in der Zentralafrikanischen Republik (ZAR) Ende Dezember 2015 lief weitgehend unblutig ab. Es besteht die Gefahr, dass Teile der Milizen das Ergebnis nicht anerkennen und religiöse Gewalttaten erneut ausbrechen. In der DR Kongo drohen Proteste und Gewalttaten im Vorfeld der für 2016 angesetzten Wahl zu Massenverbrechen zu eskalieren. In Libyen ist die Gewalt im Zuge der Bildung einer Einheitsregierung zurückgegangen. Der IS hat sich unterdessen zur größten Bedrohung für Zivilisten entwickelt. In Pakistan verübten radikal-sunnitische Terrororganisationen weiterhin Angriffe auf religiöse Minderheiten, die nur unzureichend geschützt bleiben.

Fokus: Todeszahlen

84% der über 15.000 erfassten Toten wurden allein in Syrien (8.400), dem Irak (3.200) und Nigeria (1.600) getötet. In den drei Staaten starben 7.200 bzw. 92% aller ermordeten Zivilisten.



Daten: ACLED, Syrian Observatory for Human Rights, Iraq Body Count

Über den Monitor

Der Genocide Alert Monitor informiert über die weltweite Entwicklung von Massenverbrechen wie Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der Monitor erscheint mit ausführlichen Hintergrund- und Ereignisberichten, einer interaktiven Karte und weiterführenden Informationen jedes Quartal neu auf www.genocide-alert.de/monitor.

Projektleitung: Jens Stappenbeck, stv. Vorsitzender Genocide Alert e.V.
Vi.S.d.P.: Dr. Robert Schütte, Vorsitzender Genocide Alert e.V.

Notstand: Massenverbrechen finden statt

Völkermord, Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Sinne des Internationalen Strafgerichtshofes werden verübt.

Im **Irak** begeht der IS weiterhin Massenverbrechen. Die internationale Koalition, kurdische und schiitische Milizen drängten ihn zurück. Von der Regierung eingesetzte schiitische Milizen begangen allerdings selbst zahlreiche Kriegsverbrechen an Sunniten. Über 3.100 Zivilisten wurden im 4. Quartal 2015 getötet.

In **Nigeria** verübt Boko Haram seit 2009 Massenverbrechen. Auch wenn es der Armee gelang, die Terrororganisation zurückzudrängen, blieb sie im 4. Quartal 2015 für über 500 ermordete Zivilisten verantwortlich. Das Militär selbst begeht zudem weiterhin Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit und tötete im Dezember über 400 schiitische Zivilisten.

In **Afghanistan** kontrollieren die Taliban weite Gebiete im Süden und Norden und attackieren landesweit gezielt Zivilisten. Sie bekannten sich zu 168 von 790 im Jahr 2015 ermordeten Zivilisten und eroberten im September 2015 kurzfristig Kundus. Zudem wurde der IS in der östlichen Nangarhar Provinz aktiv, wo er weitere Ressourcen der überlasteten afghanischen Armee bindet. Angesichts der Offensive der Taliban besteht ein unmittelbares Risiko, dass sie ihre Angriffe auf die Zivilbevölkerung intensivieren und zu Massenverbrechen ausweiten.

In **Burundi** eskaliert der Konflikt zwischen der Regierung und der Opposition weiter. Aufgrund neu gegründeter Rebellengruppen besteht die Gefahr eines Bürgerkrieges. Präsident Nkurunziza lässt Oppositionelle gezielt verfolgen, verschleppen und ermorden. Zahlreiche NROs und Medien wurden geschlossen. Die Rhetorik erinnert an die Situation vor dem Völkermord in Ruanda. Das brutale und kompromisslose Vorgehen der Regierung droht sich zu Massenverbrechen auszuweiten. Mindestens 600 Menschen wurden 2015 getötet und Hunderte weitere verschleppt. Große Teile der Opposition sind geflohen.

Warnung: Massenverbrechen sind zu befürchten

Die Entwicklung weist auf ein ernsthaftes Risiko für künftige Massenverbrechen hin.

In der **DR Kongo** ist die Intensität der Gräueltaten seit 2013 stark zurückgegangen. Im Osten begehen Rebellen jedoch weiterhin Kriegsverbrechen. Im Vorfeld der für 2016 geplanten Wahl droht eine Eskalation der Gewalt.

In **Libyen** wurde der Bürgerkrieg zwischen den zwei konkurrierenden Regierungen in Tripolis und Tobruk mit der Bildung einer von der UN unterstützten Einheitsregierung beendet. Von den anhaltenden Konflikten und der politischen Instabilität profitieren weiterhin die radikal-islamistische Ansar al-Sharia und der IS, der zur größten Bedrohung für Zivilisten geworden ist.

In **Myanmar** gewann die NLD unter der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi die Wahl im November 2015. Unge-

In **Nordkorea** begeht das autoritäre Regime seit Jahrzehnten Verbrechen gegen die Menschlichkeit an der eigenen Bevölkerung. Nur wenige Informationen aus dem Land sind verfügbar. Unterdrückung, Exekutionen und lebenslange Deportationen ganzer Familien in Arbeitslager halten aber unvermindert an.

Im **Sudan** begehen die Armee und regierungsnahen Milizen seit 2003 anhaltende Massenverbrechen in Darfur. Auch im südlichen Blue Nile und South-Kordofan leiden Zivilisten weiterhin unter Kriegsverbrechen durch Regierung und Rebellen.

In **Syrien** werden Zivilisten weiterhin durch nahezu alle an den Kämpfen beteiligten Parteien attackiert. Der russische Militäreinsatz stärkte das Assad-Regime, das für drei Viertel der 16.000 im Jahr 2015 getöteten Zivilisten verantwortlich und Hauptursache für die über elf Millionen Vertriebenen bleibt.

Krise: Unmittelbare Eskalation droht

Es werden erhebliche Verletzungen des humanitären Völkerrechtes begangen, die sich zu Massenverbrechen auszuweiten drohen.

Im **Jemen** wurde AQAP zum Hauptprofiteur des Bürgerkrieges zwischen den schiitischen Huthi, Präsident Hadi, diversen Stammesmilizen und einer internationalen Koalition unter Führung Saudi-Arabiens. Ende 2015 kontrolliert AQAP nahezu die gesamte südliche Küste, verwaltet die dortigen Städte und Häfen und rekrutiert zahlreiche Kämpfer. Die Terrororganisation ist dabei, die größte Bedrohung für Zivilisten in dem opferreichen Bürgerkrieg zu werden. Ethnische und religiöse Konflikte werden durch die Kriegsparteien unterdessen weiter angeheizt.

Im **Südsudan** hat die Intensität des Konfliktes zwischen den Dinka unter Präsident Kiir und den Nuer unter dem ehemaligen Vizepräsidenten Machar seit dem Friedensvertrag vom August 2015 deutlich abgenommen. Zivilisten wurden aber weiter attackiert. Probleme bei der Bildung der Einheitsregierung drohen den ethnisch-geprägten Konflikt erneut ausbrechen zu lassen.

achtet der demokratischen Fortschritte wird die muslimische Minderheit der Rohingya weiter systematisch unterdrückt und in Lagern festgehalten. Auch die NLD tritt muslimfeindlichen Hassreden von buddhistischen Nationalisten bislang nicht entgegen.

In **Pakistan** attackierten radikal-sunnitische Terrorgruppen zahlreiche Schiiten. Nach dem Anschlag der pakistanischen Taliban auf eine Schule in Peschawar Ende 2014 intensivierte die Regierung ihre Anti-Terrorbemühungen. Viele radikal-sunnitische Täter und Hassprediger werden aber weiterhin strafrechtlich nicht verfolgt. Die Situation bleibt instabil.

In der **Zentralafrikanischen Republik** lief die erste Wahlrunde im Dezember 2015 weitgehend friedlich ab. Trotz erheblicher Fortschritte im politischen Prozess halten einzelne Angriffe von christlichen und muslimischen Milizen auf Zivilisten in ländlichen Regionen weiter an. Teile der Opposition drohen ethnisch-religiös geprägte Gewalt neu zu entfachen.

Eine Welt ohne Massenverbrechen ist möglich

Genocide Alert setzt sich für eine wirksame Verhinderung und Bestrafung von Massenverbrechen ein und betreibt dafür Poli-

tikberatung und Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel einer menschenrechtsbasierten Außenpolitik. Policy Briefs und weitere Analysen finden sich auf: www.genocide-alert.de.